

Dokumentation des BER-Netzwerktreffens und Bündnistreffens Decolonize Berlin

Ein gesamtstädtisches Aufarbeitungskonzept zu Berlins kolonialer Vergangenheit: Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft im Gespräch

15. Januar 2020, 18:00 bis 20:00 Uhr

im Berlin Global Village

Eingangsstatement von Vertreter*innen des Bündnisses Decolonize Berlin	2
Eingangsstatements von Vertreter*innen der Regierungsparteien	4
Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft	7
Arbeitsgruppe Kultur, Kunst, Erinnerung und Erzählung	9
Arbeitsgruppe Stadtgesellschaft und Gerechtigkeit	13
Arbeitsgruppenergebnisse: Zusammenfassung	16



Eine Veranstaltung des Bündnisses Decolonize Berlin. Das Bündnis geht hervor aus einem Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteure, das sich seit Jahren für die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart von Kolonialismus und Rassismus, für die Anerkennung und Wiedergutmachung von kolonialrassistischem Unrecht und für eine gesamtgesellschaftliche Dekolonisierung Berlins einsetzt. Es besteht zurzeit aus den Gruppen AfricAvenir, AFROTAK TV cyber-Nomads, Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag – BER, Berlin Postkolonial, Each One Teach One (EOTO), glocal, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland – ISD-Bund und das Tanzania Network und stützt sich auf das Netzwerk von 100 engagierten Einzelpersonen.

Eingangsstatement von Vertreter*innen des Bündnisses Decolonize Berlin

**Sylvia Werther, Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag – BER,
und Tahir Della, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland – ISD-Bund**

Im August 2019 hat das Land Berlin die Entwicklung eines gesamtstädtischen Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzepts zur Geschichte und zu den Folgen des Kolonialismus des Landes Berlins beschlossen [DS 18/1788](#). Dieser Antrag mit dem Titel „Berlin übernimmt Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit“ ist in seinem Inhalt und seiner politischen Reichweite bundesweit bisher einzigartig – er umfasst die Bereiche Bildung und Wissenschaft, Berliner Museen und Erinnerung im öffentlichen Raum, aber auch die Pflege von Partnerschaften mit ehemals kolonisierten Ländern des Südens.



Genauso einzigartig ist die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für diesen Prozess bei einem zivilgesellschaftlichen Träger. Von der Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie, Betriebe werden jährlich 250.000 Euro für eine Koordinierungsstelle bei Decolonize Berlin zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln wird die Koordinierungsstelle die Partizipation aller beteiligten Akteur*innen aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und städtischen Institutionen rund um die Erarbeitung eines solchen Konzeptes und seiner Maßnahmen organisieren. Dafür werden in diesem Jahr zahlreiche Vernetzungsveranstaltungen und eine große Zukunftskonferenz am 15. und 16. September stattfinden sowie ein jährlicher Bericht erstellt.

Decolonize Berlin ging hervor aus einem Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteure, das sich seit Jahren dafür einsetzt, das Thema deutscher Kolonialismus auf die politische Agenda zu setzen. Allmählich findet es auch Berücksichtigung in Medien, Politik und Gesellschaft. Es beginnen Projekte und Prozesse, die städtische und bezirkliche Institutionen und verschiedene Berliner Verwaltungen berühren.

Dazu gehören unter anderem

- Prozesse der Straßenumbenennungen und der Dekolonisierung von Gedenkortern in den Berliner Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf (Wissmannstraße), Mitte (Nachtigalplatz, Lüderitzstraße, M*Straße, Petersallee), Neukölln (Wissmannstraße, Woermannkehre), Steglitz-Zehlendorf (Maerckerweg und Abbau der Skulptur N*in in der Leuchtenburgstraße),
- das Modellprojekt „Postkoloniales Erinnern in der Stadt“, getragen von einem Verbund aus den drei Nichtregierungsorganisationen Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) e.V., Each One Teach One (EOTO) e.V. und Berlin Postkolonial e.V. sowie dem Stadtmuseum Berlin und unterstützt vom Landesnetzwerk Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER) e.V. Das Modellprojekt wird finanziert durch die Senatsverwaltung für Kultur und Europa und die Kulturstiftung des Bundes (KSB).
- ein „Fonds für Dekolonisierungsprojekte an Schulen im Rahmen der Demokratiebildung“ mit jährlich 100.000 EUR finanziert von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, bei dem Berliner NRO ab 2020 Mittel für dekoloniale Projekte an Schulen beantragen können
- ein durch die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung durchgeführter und vom Team Diversifying Matters/Generation Adrefa koordinierter Konsultationsprozess zur Umsetzung der UN Dekade für Menschen Afrikanischer Herkunft. [Empfehlungen](#) zu diesem Konsultationsprozess liegen nur vor.



Die Auseinandersetzung mit dem deutschen kolonialen Projekt, seiner Beteiligung und den bis heute spürenden Wirkungen sind Querschnittsthemen, die nicht nur Museen und Sammlungen, sondern alle gesellschaftlichen Bereiche betreffen. Klimawandel, ungerechte Wirtschaftsbeziehungen, Flucht und Migration müssen auch in dem Kontext Deutschlands und Europas kolonialer Ver-

gangenheit besprochen werden. Das gesamtstädtische Konzept zu Berlins kolonialer Vergangenheit wird eine Bestandsaufnahme von bisher Erreichtem leisten, aber auch Leerstellen kenntlich machen und insbesondere Maßnahmen zur Aufarbeitung aufzeigen, die das Land Berlin beschließen und umsetzen muss.

Grundlage dafür ist ein guter Austausch unter den Beteiligten – diese Veranstaltung ist der Anfang. Im September 2020 wird die Diskussion bei einer Zukunftskonferenz fortgeführt und vertieft.

Eingangsstatements von Vertreter*innen der Regierungsparteien

Was erwartet die Politik von der Koordinierungsstelle zur Dekolonisierung Berlins?

Dr. Maja Lasic, SPD

Die bildungspolitische Sprecherin der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus Dr. Maja Lasic betont, dass der jahrelang ausgeübte Druck der Zivilgesellschaft die Politik dazu gebracht hat, sich mit der Dekolonisierung Berlins zu befassen. Es ist ihr Erfolg, dass die Berliner Koalitionsparteien nun den politischen Willen haben, sich der kolonialen Verantwortung Berlins zu stellen und Maßnahmen ergreifen.



Von der Koordinierungsstelle erwartet die SPD, dass sie die einzelnen Verwaltungen einbezieht und zwischen ihnen und der Politik vermittelt. Sie soll Politik und Verwaltung zudem helfen, sich im Bereich Dekolonisierung zukünftig ehrgeizige Ziele zu setzen.

Dies betrifft auch den Bildungsbereich, in dem bisher wenig ressortübergreifend kooperiert wird. Die Koordinierungsstelle soll dazu beitragen, dass eine diskriminierungskritische Strategie im gesamten Bildungssystem implementiert wird. Dazu gehört, dass die kritische Aufarbeitung des Kolonialismus als Lehrinhalt verbindlich in den Rahmenlehrplänen verankert wird und Schwarze Menschen im Bildungssystem gestärkt werden.

Regina Kittler, Die Linke

Die bildungs- und kulturpolitische Sprecherin der Linken Regina Kittler betont, dass es 100 Jahre nach Ende des Deutschen Kolonialreiches längst überfällig ist, dass Berlin Verantwortung für seine koloniale Vergangenheit übernimmt, auch finanziell. Ebenso wichtig ist, dass die Berliner



Öffentlichkeit für das Thema Kolonialismus sensibilisiert wird – bisher ist das kaum der Fall, wie die Debatten um Straßenumbenennungen in Mitte exemplarisch zeigen.

Für Die Linke ist es wichtig, dass die Koordinierungsstelle nicht in der

Verwaltung, sondern bei der Zivilgesellschaft angesiedelt ist, und dass sie personell mit Vertreter*innen aus NROs und Zivilgesellschaft, die sich schon lange für das Thema engagieren und direkt davon betroffen sind, besetzt wird.

Die Stelle soll die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen, Mitarbeiter*innen öffentlicher Einrichtungen und NROs fördern. Dies betrifft insbesondere den Bereich Kultur und dort die Zusammenarbeit des Berliner Stadtmuseums und der Berliner Bezirksmuseen mit der Zivilgesellschaft. Die Koordinierungsstelle ist in diesem Zusammenhang ein historischer Schritt.

Daniel Wesener und Sebastian Walter, Bündnis 90/ Die Grünen

Der kultur- und finanzpolitischer Sprecher der Grünen Daniel Wesener und Sebastian Walter, Sprecher für Haushalt, Antidiskriminierung und Queerpolitik, haben den parlamentarischen Prozess bzgl. der Dekolonisierung Berlins von Beginn an begleitet und betonen, dass der Druck der Zivilgesellschaft wichtig und nötig gewesen ist und bleibt. Denn Politik und Verwaltung sind bei dem Thema Dekolonisierung keine Vorreiter – sie müssen von Aktivist*innen und NROs lernen und stetig angetrieben werden. Die Dekolonisierungsstelle sollte diese Kräfte bündeln und Synergien schaffen, insbesondere bei Aushandlungsprozessen mit sowie zwischen den Verantwortlichen im Senat und auf bezirklicher Ebene.

Aus Grüner Sicht ist Dekolonisierung kein Aufarbeitungsprozess, unter den irgendwann ein Schlussstrich gezogen werden kann, sondern muss in eine anhaltende, nachhaltige Erinnerungskultur und -arbeit münden.



Für die Grünen ist die Partizipation der Zivilgesellschaft Kern der Dekolonisierungsstelle und gleichzeitig Teil ihrer eigenen Erwartungshaltung an diese Stelle. Keinesfalls darf die postkoloniale Erinnerungskultur allein unter der weißen Mehrheitsgesellschaft diskutiert und von dieser definiert werden.

In Hamburg ist ein vergleichbarer Prozess, der von der Verwaltung koordiniert wird, aus Sicht der Zivilgesellschaft nicht zufriedenstellend gelaufen. Daher ist es wichtig, dass die Koordinierungsstelle unabhängig und bei der Zivilgesellschaft angesiedelt ist. Gleichzeitig dürfen die Politik und die zuständigen Senatsverwaltung nicht aus der Verantwortung entlassen werden: Alle stehen in der Pflicht – auch die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Erarbeitung eines gesamtstädtischen Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzepts schnell umzusetzen.

Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft

Moderation: Dr. Manuela Bauche (FU Berlin, Decolonize Berlin) und Dr. Matthias Schwerendt (EPIZ Berlin)

Zusammenfassung: Alexander Schudy auf Grundlage der Mitschriften von Kathrin Lipowsky (Initiative Perspektivwechsel)

Was muss in einem Konzept zur Aufarbeitung von Berlins kolonialer Vergangenheit berücksichtigt werden?

Sowohl das Bildungs- als auch das Wissenschaftssystem stehen vor folgenden Herausforderungen: Sie sind Systeme, in denen der (deutsche) Kolonialismus nur eine untergeordnete Rolle spielt, die aber eine große Verantwortung bei dessen Aufarbeitung spielen. Im Wissenschaftsbereich erfolgt die Beforschung von Kolonialgeschichte bisher insbesondere an Lehrstühlen und Arbeitsbereichen der HU Berlin (u.a. Institut für Asien- und Afrikawissenschaften), der FU Berlin (Friedrich-Meinecke-Institut, u.a. Lehrstuhl für Global History) sowie in Einzelprojekten (z.B. an der TU Berlin „Translocations“, am Museum für Naturkunde „Dinosaurier in Berlin“). Die hier stattfindende Forschung geht allerdings weit über die Geschichte des deutschen Kolonialismus hinaus, berührt die koloniale Lokalgeschichte Berlins nur in Einzelfällen und ist wenig mit erinnerungspolitischen Fragen verschränkt.

Vorschläge für beide Bereiche*

Kolonialismus ist historisch und strukturell mit Rassismus verbunden – Bildung und Wissenschaft müssen dazu beitragen, Kolonialismus und Rassismus als selbstverständliche Wissensbestände zu „verlernen“. Schulische und wissenschaftliche Institutionen müssen dekolonisiert werden:

- Fächergebunden und auf Wissensbestände bezogen (z.B. Geschichte in Schule, Ethnologie an der Uni, aber auch in allen anderen, z.B. MINT-Fächern),
- fächerübergreifend (als Querschnitt, „Mainstream“)
- strukturell (z.B. hinsichtlich des Lehr- und Forschungspersonals),
- historisch und aktuell (Neokolonialismus)

Dies erfordert ein umfassendes (machtkritisches, intersektionales) Konzept, für das es keine Best-Practise als Referenz gibt.

Für das Konzept und dessen Umsetzung ist die Einbeziehung der Expertise von Lehrenden of Color, Forschenden oC und Lehrstühlen für PoC unabdingbar – bisher mangelt es an entsprechender Repräsentation und Diversität, ebenso ist die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen und selbstermächtigenden Organisationen sowie die Vernetzung mit ehemals kolonisierten Ländern unzu-

reichend. Auf inhaltlicher und struktureller Ebene mangelt es an Vernetzung zu anderen gesellschaftspolitisch relevanten Akteur*innen wie der kirchlichen Bildungsarbeit. Hier braucht es Aktivitäten zur Aufarbeitung kolonialer Missionsgeschichte.

In beiden Systemen (Bildung und Wissenschaft) sind die Bedingungen aufgrund des derzeitigen Rechtspopulismus und des Rassismus gegenüber Expert*innen oC zurzeit besonders schwierig.

Vorschläge für den Bereich schulische Bildung*

Der seit dem Schuljahr 2017/2018 geltende Berlin-Brandenburgische Rahmenlehrplan für die Klassen 1 bis 10 führt das Thema Kolonialismus zwar erstmals explizit auf, aber leider nur punktuell. Hinzu kommt, dass dessen Behandlung als Wahlpflichtmodul lediglich empfohlen wird.



Die Berliner Lern- und Lehrmittel müssen sich verändern. Sie müssen die kritische Aufarbeitung des Kolonialismus in den Vordergrund rücken und dürfen keine Rassismen reproduzieren. Schulbücher unterliegen in Berlin keiner Zulassungspflicht, die Schulen entscheiden selbst, welche Bücher von welchen Verlagen sie nutzen. Hier sollte eine Sensibilisierung der Schulen stattfinden und eine Liste mit empfehlenswerten Lernmitteln erarbeitet

werden.

An Schulen und in der Lehrer*innenausbildung sollen NRO-Expertisen stärker berücksichtigt werden. Sie sollten auch bei der Erstellung von Lehrmaterialien (mit Schule und Wissenschaft) beteiligt sein.

Vorschläge für den Bereich Wissenschaft*

Wissensproduktion muss sich jenseits der westlichen Vorstellung verorten. Wissenschaft muss ein Unrechtsbewusstsein über die eigene historische und aktuelle Rolle entwickeln. Wissenschaftler*innen müssen eine kritische Methodenausbildung erhalten.

Es muss mehr Lehrstühle, Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen-Stellen und Forschung zum Thema Kolonialismus/ Dekolonisierung (Berlins) geben.

*Alle Vorschläge der Arbeitsgruppe finden sich zusammengefasst am Ende der Dokumentation.



Arbeitsgruppe Kultur, Kunst, Erinnerung und Erzählung

Moderation: Nadja Ofuatey-Alazard (Each One Teach One) und Christian Kopp (Berlin Postkolonial)

Zusammenfassung: Maren Fußwinkel

Was muss in einem Konzept zur Aufarbeitung von Berlins kolonialer Vergangenheit berücksichtigt werden?

Bei der Ideensammlung für mögliche Dekolonisierungsmaßnahmen in Berliner Kulturinstitutionen und im öffentlichen Raum wurde an bestehende Debatten um Provenienz und Restitution, Erinnerungskultur und Gedenken, Geschichtsdidaktik und Museumspädagogik angeknüpft.

Museen sind höchst sichtbare Institutionen, durch die Wissen über Kolonialgeschichte an die Stadtgesellschaft und an Besucher*innen Berlins vermittelt werden kann. Einige von ihnen haben in ihrer Sammlungstätigkeit selbst unmittelbar von kolonialen Machtverhältnissen profitiert und alle haben in ihrer Forschungs- und Ausstellungspraxis koloniale Weltbilder (re)produziert und kommuniziert. Damit haben sie dazu beigetragen, eine ungerechte koloniale Globalisierung zu legitimieren und aufrecht zu halten. Auch Auslassungen und Schweigen in der öffentlichen Kommunikation von Museen werden kritisiert.

Vorschläge für den Bereich Kultur*

Als Institutionen kommt Museen daher eine besondere Verantwortung zu, koloniale Kontinuitäten aufzubrechen und Mittler kritischer Kolonialgeschichte zu werden. Sie sollen proaktiv die Provenienz ihrer Sammlungen beforschen, Restitutionen priorisieren, Human Remains zurück geben, einen besseren Zugang zu Sammlungen schaffen und Ergebnisse öffentlich sichtbar machen. Sie sollen ihre Deutungshoheit abgeben, z.B. indem Objektbeschreibungen aus herkunftsgesellschaftlicher Perspektive eingeführt werden.

Auch in den Strukturen muss Dekolonisierung stattfinden: Akteur*innen der betroffenen diasporischen und migrantischen Communities sollen in verantwortlichen Positionen repräsentiert sein, rassismus- und kolonialismuskritische Weiterbildungen sollen für Kulturarbeiter*innen stattfinden und Kooperationen mit afrikanischen Museen sollen durchgeführt werden.

Über den existierenden Erinnerungsort „Museum“ hinaus soll dezentral erinnert und Kolonialgeschichte vermittelt werden. Hierbei könnten materielles und immaterielles Erbe digital zusammengeführt werden. Hierbei werden insbesondere Erinnerungsformate aus den ehemals kolonisierten Territorien Berücksichtigung finden, bspw. Oralgeschichte oder künstlerische Interpretationen

Es sollen Orte mit kolonialgeschichtlicher Bedeutung und Orte des anticolonialen Widerstands in einer alternativen Karte digital erfasst und kommentiert werden. Solch ein Storymapping ist bereits im kürzlich begonnenen 5-Jahres Modellprojekt zwischen NGOs und dem Stadtmuseum Berlin („Postkoloniales Erinnern in der Stadt“) finanziert vom Land Berlin und der Bundeskulturstiftung vorgesehen. Darüber hinaus sollte eine App entwickelt werden. Es braucht ein zentrales Denkmal, aber auch viele kleine „Stolpersteine“, d.h. die Förderung von dynamischen, sich verändernden Erinnerungsarbeiten im öffentlichen Raum. Außerdem sollten viel mehr Führungen durch das postkoloniale Berlin angeboten werden, auch in Museen, die auf den ersten Blick keine Objekte mit kolonialem Bezug präsentieren.

*Alle Vorschläge der Arbeitsgruppe finden sich zusammengefasst am Ende der Dokumentation.





Arbeitsgruppe Stadtgesellschaft und Gerechtigkeit

Moderation und Zusammenfassung: Sylvia Werther (Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag) und Tahir Della (Initiative Schwarze Menschen in Deutschland ISD-Bund)

Was muss in einem Konzept zur Aufarbeitung von Berlins kolonialer Vergangenheit berücksichtigt werden?

Bei der Ideensammlung zum Thema Stadtgesellschaft und Gerechtigkeit wurde deutlich, dass im Antrag der Berliner Regierungskoalition zur Verantwortung Berlins kolonialer Vergangenheit die Aspekte der Nachwirkungen zwar genannt werden, aber keine konkreten Maßnahmen aufgeführt werden. Die Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus und mit den bis heute zu spürenden Auswirkungen sind Querschnittsthemen, die alle gesellschaftlichen Bereiche betreffen. Klimawandel und ungerechte Wirtschaftsbeziehungen, Flucht und Migration, Diskriminierung und Rassismus müssen auch im Kontext Deutschlands und Europas kolonialer Vergangenheit besprochen werden. Im Diskurs zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft muss Dekolonisierung zur umfassenden Handlungspraxis werden und darf nicht in Tokenismus (symbolische Personalpolitik) oder wirkungslose Einzelmaßnahmen münden.

Berlin hat als Hauptstadt und Sitz der Bundesregierung eine besondere Verantwortung und auch die Möglichkeit, Diskussionen auf europäischer Ebene anzuregen. Besonders zentral ist dabei die Frage nach Reparationen (reparatory justice) nicht nur für den Genozid an den namibischen Nama und Ovaherero, sondern auch für Klimaschäden, rassistische Verfolgung oder wirtschaftliche Ausbeutung von Schwarzen Menschen oder Menschen in ehemals kolonisierten Gebieten.

Ausgewählte Vorschläge für den Bereich Stadtgesellschaft*

Am Anfang einer solchen Debatte steht die Wissensvermittlung. Bisher gibt es zu wenig Wissen darüber, was Kolonialität bedeutet, und welche kolonialen Strukturen es heute noch gibt. Koloniale Strukturen sind zum Beispiel die ungleiche Praxis von der Visavergabe für Menschen im Globalen Norden und Süden. Kritisch zu hinterfragen ist auch die Vergabep Praxis vom Land Berlin: Inwiefern schadet der Einkauf bestimmter Produkte den Menschen im Globalen Süden? Im Novellierungsprozess des Vergabegesetzes sind viel stärker als bisher faire Kriterien, die eine angemessene Bezahlung von Produzent*innen im Globalen Süden gewährleisten, zu berücksichtigen. Manche Berliner Bezirke, z.B. Friedrichshain/ Kreuzberg, gehen hier schon mit gutem Beispiel voran und beschaffen zertifizierte Produkte über den Mindeststandard hinaus. Auch in der Praxis der Wirtschaftsförderung, z.B. der Investitionsbank Berlin, sollten nach fairen, ökologisch-sozialen Kriterien agierende Unternehmen besondere Berücksichtigung finden. Die Wertschöpfungsketten von Gütern müssen darauf überprüft werden, dass sie nicht die Märkte im Globalen Süden schädigen, dies gilt insbesondere für die Agrarpolitik.

In Bezug auf die Stadt- und Bezirksverwaltungen spricht sich die AG für verpflichtende machtkritische Weiterbildungen in Diversity, Anti-Rassismus und interkultureller Kompetenz aus (durchgeführt durch zivilgesellschaftliche Akteure). Eine Vernetzung mit antirassistischen Trägern der politischen Bildung ist insbesondere in den Bezirken sinnvoll, da diese nicht für globale Zusammenhänge sensibilisiert sind.

Im Aufarbeitungskonzept sollen Fragen der Globalen Gerechtigkeit stärker thematisiert werden, wie z.B. Bewegungsfreiheit als Menschenrecht, Klimagerechtigkeit und Faires Wirtschaften. Auch nicht akademisierte Menschen der Stadtgesellschaft sollen mit Maßnahmen des Aufarbeitungskonzeptes erreicht werden.

*Alle Vorschläge der Arbeitsgruppe finden sich zusammengefasst am Ende der Dokumentation.





Was muss aus Ihrer Sicht in einem Konzept zur Aufarbeitung von Berlins kolonialer Vergangenheit berücksichtigt werden?

Begriffe

Gesamtstädtisches Konzept Postkolonialismus

Positionierung im rassist. System

(Anti-) Rassismus im Sport

STADT-GESELLSCHAFT GERECHTIGKEIT

mehr Vernetzung mit Politischen Bildung in der Ant-Ra-Gruppe

Gefahren

Symbolpolitik & Tokanismus werden behandelt (+ divide & rule)

Themen

Berlin → Hc → globales Schwergewicht → spez. Veränderung → große Themen

Agendapunkte

Akteure/ Adressaten

Integration der nicht-akademischen Akteure in kolonialen Diskursen

Einigung von unterschiedlichen Schichten über die Stadtentwicklung

Dekolonialisierung als Hygiene, keine Antirassismustheorie

Symbolpolitik

Faire Vorvergabe

Verantwortlichkeit d. Landes nach soz. + Ethik Standards

Akteure können pol. Bildungsarbeit zur besseren (Menschen) in Berlin (Verdichtung)

Forderungen

Geirinnbeteiligung von produzierenden Ländern

Umsetzung Nachhaltigkeitsstrategie d. Landes eventuell

Faire/ethische Standards

Initiation europ. Proz. Reparation

Entschuldigung

Welche Unternehmen wollen wir in Berlin haben → Standards für global organisierte Unternehmen

Faire/ethische Standards

Entschädigung

Reparationen

Wirtschaftliche Förderung schaffen auf Augenhöhe mit der Kolonialmacht

Aktivitäten

(Anti-Ra-Tourismus) Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Struktur als n. der Verwaltung

Wohnraum für alle

Bewegungsfreiheit nach rechts

Stadtpartnerschaften stärken

Intersektionale Diskriminierungsformen

Dekolonialisierung der Stadtentwicklung → Reflexion kolonialer Strukturen

Methoden

ÖA / kolonialer verständlich kooperativ

Wissen

Belebung Studien!

Was ist Antirassismus? Wissen zur Verfügung stellen

Praktiken / Methoden zusammenfassen

Arbeitsgruppenergebnisse: Zusammenfassung

Grundlegendes für ein gesamtstädtisches Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzept zu Berlins kolonialer Vergangenheit

- Wunsch nach öffentlichem, partizipativem Prozess und weiteren Veranstaltungen
- Kolonialgeschichte aus Perspektive der Kolonisierten erzählen
- Wissen ist hierarchisiert > Wissenskanon hinterfragen
- Verlernen kolonialer Weltbilder; Rassismuskritik lehren
- strukturelle Veränderungen
- Diversität von Zielgruppen
- Zusammenhänge und Kontinuitäten zwischen Kolonialrassismus und heutigen Ausgrenzungen, zwischen kolonialer Ausbeutung und heutiger wirtschaftlicher Ungerechtigkeit aufzeigen

Maßnahmen und Elemente eines gesamtstädtisches Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzept zu Berlins kolonialer Vergangenheit

AG Bildung, Wissenschaft	AG Kultur, Kunst, Erinnerung, Erzählung	AG Stadtgesellschaft, Gerechtigkeit
Wissen		
Verantwortung der Wissenschaft und wissenschaftl. Institutionen		Spezifische Verantwortung Berlins (als Hauptstadt eines politischen Schwergewichts in der EU), große Themen anzuschieben
Wissenskanon hinterfragen: Wissensformen jenseits des westlichen Wissenschaftsdiskurses; historischer Beitrag von POC zur (Berliner) Wissenschaft	Ideengeschichtliche Honorierung nicht-westlicher historischer Akteur*innen	
Kolonialismus in Afrika, Asien und Südamerika, zeitl. Rahmen der kolonialen Vergangenheit - wo fangen wir an? 12. Jh? 17. Jh.? 19. Jh.?	Kolonialgeschichtlich relevante Orte/Orte des Widerstands im Stadtraum markieren	Was ist Kolonialität?
Unrechtsbewusstsein	(dezentrales) Gedenken	Entschuldigung

Aufklärung über Intl. Politik, Ökonomie, Kapitalismus und ökon. Ausbeutung	kulturelle Bildung in Institutionen z.B. Museen = politische Bildung ?!	Kartierung, die aufzeigt, welche Firmen, Länder wo ihre Rohstoffe beziehen, welche kolonialen Strukturen, Verstrickungen und Verhaltensweisen haben diese
Dekolonisierung auch in „unüblichen“ Fächern, z.B. MINT	Dekoloniale Führungen auch in Kunstmuseen und in Ausstellungen, die selbst keine kolonialen Objekte zeigen	
Diversität von Einwanderungsgeschichten	Museen: Objektbeschreibungen überarbeiten (herkunftsgesellschaftl. oder rassismuskritische Perspektive)	
Förderung für Forschungen zum Thema „Dekolonisierung Berlins“	Provenienzen kommunizieren	
	Humboldtforum als Gedenkstätte des deutschen Kolonialismus umdenken	
		Rassismus im Sport
Methoden		
App	Digitale Kartierung Digitale Inventare App; QR-Codes; Materielles u. immaterielles digital zusammenführen	Kartierung (s.o.)
Aktionsforschung/partizipative Forschung	Oral History, Tonaufnahmen, Zielgruppen emotional berühren	
Lehrbücher überarbeiten		Zugang für nicht-akademische Menschen zu dekolonisierenden Maßnahmen; Angebot ist oft stark akademisiert
	Dynamische Arbeiten vs. fest-	

	stehende Mahnmale, es braucht Stolpersteine; Informationstafeln	
Strukturen und Akteure		
Wer ist in der Lehrerschaft/Uni repräsentiert? Wer bekommt welche Jobs, wer sitzt auf welchem Podium, wer schreibt welche Leitfäden? Rassismuserfahrungen von Lehrenden of Color	Mehr Vertreter*innen der betroffenen communities in den Kulturinstitutionen	Einbezug nicht-akademischer Schwarzer Menschen bei der Umsetzung
Bestandteil der Lehrer*innenausbildung; kritische Methodenlehre für angehende Wissenschaftler*innen	Weiterbildungen für Kulturarbeiter*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen, Kurator*innen, Sensibilisierung von Medienschaffenden	Interkulturelle Öffnung der Verwaltung (Antirassismus-Trainings); verpflichtend
Geteilte Lehrstellen z.B. mit Unis in Namibia	Zusammenarbeit mit afrikanischen Museen und Forschungseinrichtungen	Visa-Zugänge erleichtern
Mehr wissenschaftliche Stellen schaffen	Kulturförderung für dekoloniale Kunstprojekte	Städtepartnerschaften fördern
	Rückgabe von human remains und Objekten	Reparationen, reparatory justice (auch EU-weit)
Wissenschaftliche Projekte als Input für Bildungsprojekte; Zusammenarbeit von Schule/ Zivilgesellschaft/ Wissenschaft in der Entwicklung von Material/ Bildungsangebot; NGO Expertise in die Schulen bringen; Museen als außerschulischer Lernort; Vernetzung der kirchlichen Bildungsarbeit		Mehr Vernetzung mit Akteuren politischer Bildung
Schutz von Politik/ Verwaltung vor rassistischen und rechtsradikalen Angriffen		Festung Europa; Maßnahmen zu mehr Reise- und Bewegungsfreiheit, Wohn-

auf NGOs im Bildungsbe- reich		raum für alle/Lager abschaffen
Umstrukturie- rung/Umbenennungen von Studiengängen & Inhalten, Reflexion von „Regionalfor- schung“; Black Studies	Zugang zu Sammlungen vereinfachen (für Herkunftsgesellschaften, Wissenschaftler*innen aus dem globalen Süden, Künstler*innen)	
		Wirtschaftliche Partnerschaften auf Augenhöhe zwischen Nord und Süd; Verwertungsketten (z.B. von Altkleidern) verändern; Welche Unternehmen wollen wir in Berlin fördern (global agierende)?
Curricula verändern		Faire Vergabe

Die Veranstaltung wurde gefördert von

Engagement Global im Auftrag des



und der



Der Inhalt der Dokumentation spiegelt nicht notwendigerweise den Standpunkt des BMZ und der Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit wider.